Nummer 22

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 50.— Mk. 68. Jahrgang Sonntag, 14. Januar 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 55/56 GRUNDSTÜCKE

Als Beilagen erscheinen: Die tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, Ziehungslisten der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übern. der Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingel. Manuskr. ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488 | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37 | Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Anzeigen-Preis: Die 12gespalt. Zeile 400 Mk., Reklameteil 2000 Mk., Stellungsuchende 120 Mk. Bezugs-Preis freibleibend: für Monat Januar 1800 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen werden bei sämtlichen Zeitungsspeditoren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Für das Ausland ist der Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Semester 1923 für Amerika 6 Dollar, Frankreich 75 frans. Francs, Belgien 75 belg. Francs, Schweiz 30 schweiz. Francs, Holland 15 holl. Gulden, Dänemark 30 dän. Kronen, Schweden 30 schwed. Kronen, Norwegen 30 norw. Kronen, England 30 Schilling, Italien 150 Lire, Rumänien 700 rum. Lei, Spanien 40 span. Pesetas, Finnland 240 finn. Mark, Tschechoslowakei 175 tschech. Kronen, ferner für Oesterreich-Ungarn und Polen pro Monat 4000 Mark

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Der Reichskanzler gegen den Raub des Ruhrgebietes.

Der Protest des Reichstages.

286. Sitzung des Deutschen Reichstages, Sonnabend, den 13. Januar 1923.

Auf dem Reichstagsgebäude wehen die Fahnen Halbmast.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Cuno, Außenminister Dr. v. Rosenberg, Innenminister Oeser und die übrigen Mitglieder des Kabinetts.

Haus und Tribüne sind stark besetzt.

Präsident Loebe eröffnet um 2 Uhr 45 Minuten die Sitzung und erklärt:

Ich eröffne die Sitzung des Reichstages, der Stellung nehmen soll zu dem empörenden militärischen Gewaltakt, der unserem Lande und unserem Volke in diesen Tagen widerfährt. Ohne den Verhandlungen dieses Hauses vorzugreifen, in denen jede Partei für sich von ihrem Gesichtspunkte aus zu dem Attentat auf den Frieden Mitteleuropas Stellung nehmen wird, möchte ich mir ein Wort erlauben an die Landsleute an der Ruhr, die zuerst und am härtesten durch diesen Friedensbruch in Not und Leid gebracht worden sind. (Die Abgg. erheben sich von den Plätzen, nur die Kommunisten bleiben sitzen.) Wir möchten ihnen zurufen: Haltet Euch so, daß an dem Tage, an dem die Fremdherrschaft von Euch genommen wird, Ihr vor Euch selbst bestehen könnt, und daß Eure Kinder von Euch bekennen können: unsere Väter haben mit Festigkeit und Treue, mit Stolz und Würde aufrechtgestanden, als dieser Schlag geführt wurde. Sie haben weder durch unwürdige Liebedienerei und Unterwürfigkeit, noch durch Unbesonnenheit den Namen unseres Volkes geschändet. Haltet Euch so, daß Ihr, wenn auch äußerlich gebrochen, Euch innerlich frei ins Auge sehen könnt. Vor der Welt werden wir diesem Gewaltstreich voll Trauer gegenüberstehen, vor der Geschichte aber weisen wir darauf hin, daß hier ein Streich geführt wird gegen den Frieden des Landes, gegen die Freiheit und das Recht seiner Bewohner, der seinen Stachel in sich trägt nicht nur gegen uns, sondern gegen alle, die eine ruhige Entwicklung wollen, und der die verhängnisvollsten Folgen für den allgemeinen Frieden haben muß. (Sehr richtig!) Wenn ich als deutscher Volksvertreter ein Recht hätte, zum französischen Volk zu sprechen — dieses Recht haben unsere Gegner während des Krieges in unbeschränktem Maße für sich in Anspruch genommen — dann würde ich sagen: Prüft! prüft selbst, ob der Weg, den Eure Machthaber einschlagen, der ist, der Euch zu Eurem Recht, zu Euren Ansprüchen, zu Frieden und Ruhe führen kann! Prüft selbst, ob er nicht vielmehr Verbitterung, Haß und Wut wecken muß und auch das Unvermögen zur Erfüllung anderer Ansprüche. Ihr und wir, Eure Nachkommen und die unsrigen, werden die furchtbaren Folgen zu tragen haben, die dieser Drachensaat entsprießt. (Sehr wahr!) Deshalb macht es rückgängig das Unrecht, das Ihr an uns verübt mit all dem anderen der letzten Jahre, ehe es uns und Euch verschlingt. (Lebh. Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Cuno:

Geehrte Damen und Herren!

Vorgestern, am 11. Januar 1923, drangen französische und belgische Truppen in zwei Hauptkolonnen über Aettwig auf Essen sowie über Oberhausen gegen Osterfeld in freies deutsches Gebiet ein. Sie überschritten die Grenzen, die nach Artikel 428 des Vertrags von Versailles der Besetzung durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächten gezogen sind, ja sogar die vorgeschobene Grenze des Gebietes, das in Widerspruch mit diesen Bestimmungen unter dem Namen der Sanktionen seit März 1921 in die Besetzung einbezogen ist. Die Truppen waren kriegsmäßig ausgerüstet und führten außer ihren Feldküchen Munitionsfahrzeuge, Geräte-, Gepäck- und Lazarettwagen mit sich. An der Spitze marschierten Kavallerieabteilungen mit gezogenem Säbel und Radfahrerabteilungen. Auf dem Marktplatz in Essen fuhren Panzerwagen auf, Maschinengewehre wurden in Stellung gebracht, der Belagerungszustand verhängt, für jede Uebertretung der militärischen Gesetze gerichtliche Bestrafung angedroht.

Die Transportbewegungen begannen am 7. Januar; beteiligt am Vormarsch sind 2 Infanteriedivisionen und 1 Kavalleriedivision von seiten Frankreichs, und belgische Abteilungen aller Waffen.

Dieser

Vormarsch

vollzog sich mit allen kriegsmäßigen Sicherungen einem Lande und Volke gegenüber, das die Entwaffnung durchgeführt hat und friedlicher Arbeit gewidmet ist, und das nicht daran denken konnte und nicht daran gedacht hat, der bereitgestellten Armee französisch-belgischer Truppen auch nur einen Mann oder ein Gewehr entgegenzustellen.

Zur Einleitung dieser Maßnahmen hatten am 10. Januar der französische Botschafter und der belgische Geschäftsträger in Berlin dem deutschen Reichsminister des Auswärtigen eine Notifikation übergeben, wonach auf Grund der von der Reparationskommission am 9. Januar — also 2 Tage nach dem Beginn der Truppenbewegungen — festgestellten Unvollständigkeit der deutschen Erfüllung in Holz und Kohle die französische Regierung beschlossen habe,

„eine aus Ingenieuren bestehende Kontrollkommission ins Ruhrrevier zu entsenden, um die genaue Durchführung des Programms sicherzustellen und die für die Bezahlung der Reparationen notwendigen Maßnahmen zu treffen."

Die französische Regierung hat in der Aufzeichnung erklärt, daß

„sie gegenwärtig nicht daran denke, zu einer militärischen Operation oder einer Besetzung politischer Art zu schreiten, daß sie von Soldaten nur in beschränktem Maße Gebrauch mache, um die Tätigkeit französischer Ingenieure bei den deutschen Industriellen und den Transportdienst zu unterstützen, keine Störung, keine Veränderung im normalen Leben der Bevölkerung erfolgen solle. Sie könne in Ruhe und Ordnung weiter arbeiten."

Sie hat erklärt,

„auf den guten Willen der deutschen Regierung und aller Behörden zu rechnen, welcher Art sie auch seien."

Diese Note, meine Damen und Herren, und die in solcher Weise angekündigten Maßnahmen werden von der französischen Regierung gestützt auf den Vertrag von Versailles, jenen Vertrag, der — auf den Tag genau 3 Jahre vor Ueberreichung der Note — ratifiziert ist zum Zwecke

„an die Stelle des Krieges einen festen, gerechten und dauerhaften Frieden treten zu lassen."

Sie werden gestützt auf den Vertrag, in dem als wesentlich bezeichnet wird,

„bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, nicht zum Kriege zu schreiten; die Vorschriften des internationalen Rechtes, die fürderhin als Richtschnur für die tatsächliche Regierung anerkannt sind, genau zu beobachten, die Gerechtigkeit herrschen zu lassen und alle Vertragsverpflichtungen in den gegenseitigen Beziehungen der organisierten Völker peinlich zu beachten."

Sie werden gestützt auf den Vertrag, der aus jenem großen Programm der Versöhnung, der Gleichberechtigung, der Selbstbestimmung der Völker abgeleitet wurde, das im Jahre 1918 aufgestellt, Deutschland verbieten und von Deutschland in der Note der deutschen Regierung vom 3. Oktober 1918 als die Grundlage der Verträge über Waffenstillstand und Frieden angenommen worden war.

In jenem Vertrag von Versailles haben wir schwerste Verpflichtungen zum Ersatz der Kriegsschäden übernommen, Verpflichtungen, die uns entgegen dem Vorwertrag vom 5. November 1918 auferlegt wurden. So schwer die Last ist, so gewährt der Vertrag immerhin Deutschland das Recht, daß die ihm auferlegten Leistungen nach den Hilfsmitteln und der Leistungsfähigkeit Deutschlands zu bemessen sind, und weiter das Recht, von der Reparationskommission mit allen Gründen und Beweisen hinsichtlich seiner Zahlungsfähigkeit gehört zu werden.

Mehr als einmal hat die Deutsche Regierung im Laufe der letzten 3 Jahre erfahren müssen, daß diese Rechte Deutschlands nicht in ausreichendem Maße beachtet wurden. Gleichwohl hat sich das deutsche Volk ehrlich bemüht, bis zu den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit und des eigenen notwendigen Lebensbedarfes die Wirtschaftsschäden der Gegner auszugleichen. Es hat ehrlichen und aufrichtigen Herzens die Politik der wirtschaftlichen Reparationen betrieben.

Es hat fast seine ganze Handelsflotte dahingegeben, Binnenschiffe in großer Zahl, Lokomotiven und Wagen bis zur Wirkung langdauernder Lähmung der deutschen Eisenbahn, seine Kolonien, in denen es seinen Beruf zu wirtschaftlicher und kultureller Aufbauarbeit wahrhaftig nicht schlechter erwiesen hatte als irgend ein anderes Volk; es hat die Saargruben dahingegeben, größte Werte an Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, es hat das deutsche Eigentum im Ausland, den Ertrag der Arbeit von Generationen, den Gegnern überreicht, hat Kohle und Koks geliefert, Farbstoffe, Vieh, Maschinen, Baustoffe — Leistungen, die viel größer waren als die Rücksicht auf die eigene Wirtschaft zugelassen hätte. Seine Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren einig nicht in der Bereitschaft nur, sondern in dem dringenden Wunsche, ihre Kraft an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs setzen zu können. Aber gerade auf die Heranziehung zu solcher produktivster Arbeit hatten wir zu warten, immer wieder zu warten. Andere Lasten wurden uns auferlegt, weit über unsere Kraft bis zu dem Verfall unserer Wirtschaft.

Ich frage die Welt,

ob jemals ein Volk mehr geleistet hat und mehr hat leisten können, das ganze vier Jahre hindurch durch Absperrung vom Weltverkehr, Verlust des Kriegsh, Hunger und Entbehrung aller Art entnervt und entkräftet war. Und da dem nicht so ist, wie kann Herr Poincaré in seiner Kammerrede erklären: er könne nicht mehr auf die falschen Berechnungen Deutschlands zählen und sich durch sie täuschen lassen! Wie kann er der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß Deutschland feinerlei Anstrengungen machen wird, seine Verpflichtungen zu erfüllen, ohne daß er Zwang ausübe?

Und wie läßt sich vor aller Welt diese Behauptung aufrecht erhalten, wenn es Tatsache ist, daß die Deutsche Regierung nicht nur durch Erklärungen, sondern auch durch ihre Vorschläge und Maßnahmen die Lösung des Reparationsproblems in einer auch für Frankreich befriedigenden Weise selbst dann noch zu betreiben bemüht war, nachdem durch das Urteil aller Sachverständigen der internationalen Finanzwelt wie der Sachverständigen der Gläubigerstaaten und auch die Reparationskommission selbst die gegenwärtige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands festgestellt war.

Die Note meines Herrn Amtsvorgängers vom 14. November 1922 hat ein vorläufiges Programm der Reparationen unterschrieben, ein endgültiges vorbereitet. Mit Ihrer einhelligen Zustimmung hat die Regierung die Arbeit für die endgültige Lösung auf dem Boden dieser Note aufgenommen. Das Problem stellte sich uns, vom Standpunkt des Vertragsgegners aus gesehen, unter drei Gesichtspunkten dar:

Finanziell handelt es sich darum, Frankreich bei den unbestreitbaren Schwierigkeiten in seinem Staatshaushalt sofort greifbare Mittel zu schaffen.

Wirtschaftlich war davon auszugehen, daß die deutsche und französische Wirtschaft in wichtigen Beziehungen aufeinander angewiesen sind. Es war ein Weg zu suchen, um diese wechselseitigen Belange ohne Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens auszugleichen.

Politisch standen wir der Tatsache gegenüber, daß Frankreich die Unentbehrlichkeit seiner Stellung am Rhein immer wieder mit der Behauptung kriegerischer Absichten Deutschlands begründet.

Nach diesen drei Gesichtspunkten setzte die Tätigkeit der Tätigkeit des Kabinetts ein. Der erste Schritt war das Schreiben vom 9. Dezember an den englischen Premierminister zur Konferenz von London, in dem ich einen Vorschlag machte, der für die nächsten Jahre vorsorgen und die Brücke zu einer endgültigen Lösung sein sollte. Den dringendsten französischen Geldbedarf eine vorläufige erste Summe zu sichern, war der leitende Gedanke dieses hauptsächlich finanziell gedachten ersten Vorschlages.

Der Erfolg unserer Arbeit war Ablehnung.

Dann arbeiteten wir

Vorschläge für die Pariser Konferenz

aus. In meiner Hamburger Rede habe ich das Wesen der finanziellen und wirtschaftlichen Vorschläge so deutlich gezeichnet, daß auch die Oeffentlichkeit der Ententeländer klar Ziele und Wege dieses Lösungsversuches sah. Der Plan war unter eingehender und gründlicher Prüfung mit sachlich hierzu geeigneten Kräften des deutschen Wirtschaftslebens aufgestellt worden. Er entsprach wiederum dem Bedürfnis Frankreichs nach einer festen ersten Summe. Zwar konnte diese noch dem einheitlichen Urteil der Sachverständigen, das durch die hierin übereinstimmenden Pläne von England, Frankreich und Italien bestätigt wurde, nur durch internationale Anleihen aufgebracht werden; aber wir verpflichteten uns, den so aufgebrachten Betrag sofort nach Placierung der Anleihe — also ohne Moratorium — zu leisten und wir waren bereit, auch für den nicht durch Anleihe gedeckten Betrag Zins und Tilgung zu zahlen. Es kam ferner darauf an, weitere Zahlungen gewiß einer künftigen besseren Entwickelung unserer Wirtschaft zu bieten. Das geschah, indem wir bis zu einer bestimmten Grenze uns verpflichteten, weitere Anleihen nach Maßgabe unseres Kredits aufzunehmen.

(Fortsetzung Seite 2.)

Abwehr mit allen Kräften.

Die Abstimmung im Reichstage.

In der gestrigen Reichstagssitzung war nach der im Auftrage sämtlicher bürgerlichen Parteien abgegebenen Erklärung des Abg. Dr. Stresemann und nach der Rede des Abg. Müller-Franken ein Antrag Marx (Zentr.) eingegangen, der folgenden Wortlaut hatte:

„Der Reichstag erhebt gegen den Rechts- und Vertragsbruch der gewaltsamen Besetzung des Ruhrgebiets feierlichen Protest. Der Reichstag wird die Regierung bei der Anwendung jeder zur entschlossenen Abwehr dieses Gewaltaktes zweckdienlichen Maßnahme mit allen Kräften unterstützen."

Die Abstimmung über diesen Antrag war namentlich. Das Vertrauensvotum für die Regierung Cuno wurde mit 283 Stimmen gegen 12 kommunistische bei 16 Enthaltungen (Sozialdemokraten), also mit gewaltiger Mehrheit angenommen.

Reparationskohle gegen Barzahlung.

Gestern fand in Essen eine Sitzung des interalliierten Ingenieurkomitees mit deutschen Bergwerksbesitzern und -direktoren statt. Es wurde nach langen Verhandlungen eine teilweise Lieferung von Reparationskohle gegen vorschußweise Barzahlung durch die an der Besetzung des Ruhrgebiets beteiligten Alliierten bereinkart.

Betr. der Einzelheiten verweisen wir auf den auf der 2. Seite wiedergegebenen ausführlichen Sitzungsbericht unseres Essener Korrespondenten.

Das Vertrauensvotum.

Von

Paul Steinborn.

Im Reichstag ist gestern der Beweis erbracht worden, daß in deutschen Landen die Ehre doch noch nicht ganz als leerer Wahn erachtet wird. Die Regierung Cuno hatte den Parteien mitteilen lassen, daß sie ein klares und ungweideutiges Vertrauensvotum fordere. Sie hat es erhalten, und es wurde ihr sogar von einem Hause von 311 Abgeordneten bei 16 Enthaltungen gegen eine verschwindende Minderheit von nur 12 Abgeordneten votiert. In diesem Zahlenverhältnis spricht sich die immerhin erfreuliche Tatsache aus, daß auch in Deutschland die Parteischranken fallen, wenn es um das Schicksal der Nation geht. Die zwölf Reinsoger waren natürlich die Kommunisten. Soweit bei ihnen überhaupt eine wirkliche Ueberzeugung und nicht bloß sehr persönliche Interessen vorliegen, sind diese Leute erst dann zu belehren, wenn ihnen unterm Brandenburger Tor ein französischer Soldat den Gewehrkolben auf den moskaugetreuen Schädel schlägt. Die 16 Enthaltungen kamen auf V. S. P. D.-Konto und waren zum Teil als Demonstration gemeint, weil man so grausam war, Herrn Ledebour die geplante anderthalbstündige Rede abzuschneiden. Es war aber unter diesen 16 ganz gewiß nicht ein einziger, der geschworen hätte, daß ihnen nun alle Lebensfreude genommen sei, weil er den Alten nicht habe hören dürfen. Und so bleibt es dabei, daß es gestern im Reichstag eine irgendwie ernsthafte Opposition gegen die von der Regierung Cuno angekündigte Politik einer (sehr positiv und aktiv gemeinten) passiven Resistenz gegen die auf die Spitze getriebene französische Willkür nicht gab; denn auch, wenn Ueberbesorgte im Lager der Koalition oder Hämlinge im In- und Auslande aus der Präsenzliste Abschnüchelnden extrahieren, ist an der gestrigen geradezu überwältigenden Mehrheit nicht zu drehen und zu deuteln.

Das aber will um so mehr besagen, als das Vertrauensvotum diesmal diesen Namen wirklich restlos verdient. Es enthält erstens den feierlichen Protest des Ersten deutschen Parlaments, und es enthält zweitens die uneingeschränkte Zusage, die Regierung in der Abwehr des von den Franzosen unternommenen Gewaltaktes vorbehaltlos zu unterstützen. Keine Regierung vor Cuno hat eine derart weitgehende Blankovollmacht erhalten, obgleich auch diesmal wieder das Wort „Vertrauen" selbst fehlt. Man gedachte gestern mit Trauer so mancher ungenutzt gebliebenen früheren Gelegenheit zu gleicher geschlossener Fühlungnahme. Aber der zu einem spontanen Bekenntnis anschwellende minutenlange Beifall, der dem verantwortlichen jetzigen Leiter der Politik des Reiches die Zustimmung und den Dank des ganzen Hauses zum Ausdruck brachte, schien auch dem skeptischsten Beobachter die Hoffnung zu rechtfertigen, daß das deutsche Volk endlich die Pflicht gegen sich selbst erkennt und demgemäß handeln will.

Am Morgen nach der ersten Rede Dr. Cunos vor dem Reichstage wurde hier gesagt, das Bestimmende an ihr sei der neue Ton, der in ihr schwinge. Der gestrige Tag hat die erfreuliche Erkenntnis gebracht, daß dieser Ton inzwischen noch wesentlich an Energie gewonnen hat. Immer wieder sah man es dem Hause wie den überfüllten Tribünen an, wie die Worte des Reichskanzlers die Saite zum Klingen brachten, die anzuschlagen und voll erönen zu lassen das Gebot der Stunde war. Die Sitzung stand übrigens schon im ersten Beginn unter einem guten Stern, da der Präsident des Reichstags es in wirklich mustergültiger Weise verstand, den Sinne des Tages in wenigen, aber packenden Sätzen zu verdeutlichen.

Die Rede des Reichskanzlers war in Anlage und Themaführung eine sehr wirkungsvolle Variierung der außerordentlich glücklich formulierten deutschen Antwortnote, die am Freitag mittag Herrn de Margerie überreicht worden ist. Sie beschränkte sich demgemäß sehr richtig ganz auf die außenpolitische Seite der dem deutschen Volke von Herrn Poincaré gestellten großen Aufgabe. Dr. Cuno zeigte noch einmal, in wie schlagendem Gegensatz das riesige militärische kriegsmäßige Aufgebot gegen das Ruhrgebiet zu der Etikette „Harmlose Kontrollkommission" steht, und er ging dann über zu einer lückenlosen Beweisführung, daß die bisherigen, in aller Geschichte noch nie dagewesenen Wiedergutmachungsleistungen Deutschlands Herrn Poincaré die Angweiflung unseres guten Willens als eine frechte Lüge ins Gesicht der Zähne zurückschlagen. Der Kanzler schilderte ferner die bewußte Sabotage, die der französische Ministerpräsident am Wiederaufbau Europas durch Abwürgung der wiederholten deutschen Vorschläge betrieben hat. Immer wieder schwoll im Saale das Hört! hört! der Entrüstung auf, wenn Dr. Cuno schloß: „Herr Poincaré hat auch das abgeleugnet!" Wenige Prozent einer Leistung von ungezählten Milliarden, einige Tonnen Schnittholz und ein paar tausend Telegraphenstangen stellen die böswillige Verfehlung dar, die nach der Feststellung der Reparationskommission schlimmstenfalls durch eine Barleistung abgegolten werden konnte! Und Herr Barthou hat das in Person bestätigt! Aber was gilt das alles, da Herr